Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 7-8

Vorwort: Keine Konkordanz im Sozialbereich
Autor: Renschler, Walter

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Keine Konkordanz im Sozialbereich

Von Nationalrat Walter Renschler

Der Tarif ist zu einem politischen Begriff geworden. Es begann mit dem Nulltarif, der für die Forderung steht, öffentliche Verkehrsmittel gratis benutzen zu können. Diese Forderung hat Wirkung erzielt. Mit Tarifsenkungen - wenn auch nicht auf null - konnte im Zeichen des Umweltschutzes das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr erfolgreich gefördert werden.

Dann kam der grüne oder der Umwelttarif. Im Mai veröffentlichten verschiedene Umweltschutzorganisationen einen grünen Tarif auf Grund von 16 namentlichen Abstimmungen im Nationalrat über wichtige Umweltschutzanliegen. Die Auswertung dieses Tarifs ergab, dass die SP-Fraktion mit Abstand die grünste Fraktion darstellt. 11 Nationalräte erzielten die Maximalpunktzahl von 16 Punkten, davon gehören 7 der SP-Fraktion an.

Jetzt hat die SPS den Sozialtarif präsentiert. Auch er basiert auf der Auswertung von Namensabstimmungen im Nationalrat. Von den über 50 Namensabstimmungen wurden jene 10 herausgegriffen, die nach unserer Meinung die sozialpolitische Einstellung der Ratsmitglieder zu charakterisieren vermögen. Das Resultat ist erstaunlich: Von den 93 Ratsmitgliedern, die an allen 10 Abstimmungen teilnahmen, erzielten 32 die Maximalpunktzahl von 10 Punkten des SP-Sozialtarifs. 28 gehören der SP-Fraktion an, 2 dem Landesring und 2 der PdA/PSA/POCH-Fraktion. Unter der FdP-Fraktion gab es 31 Mitglieder (57% aller Mitglieder), die keinen Punkt aufweisen, bei der SVP-Fraktion sind es 19 (83% aller Mitglieder) und bei der CVP-Fraktion 2 (5% aller Mitglieder).

Die Fraktionen haben den 10 sozialpolitischen Anliegen der SP im Durchschnitt folgendermassen zugestimmt (10 = volle Zustimmung; 0 = keine Zustimmung): SP 9,5, LdU/EVP 7,0, CVP 3,5, FdP 0,8 und SVP 0,3.

Natürlich kann man einwenden, der Sozialtarif basiere auf einer willkürlichen Auswahl von Abstimmungen, die nun nur wegen des namentlichen Abstimmungsverfahrens überhaupt auswertbar sind. Die SP-Fraktion ist nicht schuld daran, dass keine umfassende Analyse des Abstimmungsverhaltens der Ratsmitglieder möglich ist. Unsere Fraktion setzte sich für das elektronische Abstimmungsverfahren ein, das von der Ratsmehrheit jedoch abgelehnt wurde, übrigens ebenfalls in einer Abstimmung mit Namensaufruf.

Der Sozialtarif der SP ist ein tauglicher Indikator für die Sozialbilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Das Ergebnis ist insgesamt unbefriedigend; es ist durch die soziale Verweigerungspolitik der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gekennzeichnet. Diese Verweigerungspolitik richtete sich in zahlreichen Fällen auch gegen Vorlagen des mehrheitlich bürgerlichen Bundesrates. Aus sozialpolitischer Sicht wurden beispielsweise Abstriche gemacht bei der Krankenversicherungsgesetzgebung, bei der Neuregelung des Kartell- und des Aktienrechtes sowie bei der gesetzlichen Regelung der Konsumkreditgeschäfte. Zu erwähnen ist ebenfalls der Widerstand zur Ratifikation der europäischen Sozialcharta.

Die soziale Verweigerungspolitik machte sogar nicht einmal Halt vor dem Volkswillen. Bei der Ausführungsgesetzgebung zur Preisüberwachung wurden die Bankzinsen und damit die sozialpolitisch wichtigen Hypothekarzinsen ausgeklammert, obwohl sie zwar nicht wörtlicher, aber doch sinngemässer Bestandteil der von Volk und Ständen angenommenen Initiative waren.

Der Aktivseite der Sozialbilanz können beispielsweise zugeordnet werden: die Verbesserung der Invalidenversicherung, die Schaffung der Mutterschaftsversicherung (wogegen das Referendum ergriffen wurde), das Eherecht, die verbesserte Ferienregelung im Obligationenrecht sowie die 42-Stunden-Woche für das Bundespersonal und die dem Arbeitszeitgesetz unterstellten Arbeitnehmer. Alle diese Aktivposten mussten mühsam errungen werden.

Wie anhand des Sozialtarifs der SP deutlich wird, ist das soziale Gewissen kein hervorstechendes Merkmal der bürgerlichen Mehrheit in den eidgenössischen Räten. Eines der wichtigen Wahlziele der SP ist es, das soziale Engagement im Parlament zu verstärken. Genauso wie der Mensch auf eine gesunde Umwelt angewiesen ist, bedarf er für ein menschenwürdiges Leben auch der sozialen Sicherheit. Für die SP sind deshalb sowohl der grüne Tarif als auch der Sozialtarif Massstäbe, nach denen sie ihre Politik ausrichtet.